Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4528

Der Bundesminister
für wissenschaftliche Forschung
II A 2 – 3019 – 17/69

Bonn, den 26. Juni 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Friedensforschung**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Funcke, Borm, Dr. Achenbach, Genscher, Schultz (Gau-Bischofsheim) und der Fraktion der FDP**
– Drucksache V/4371 –

Im Einvernehmen mit den Bundesministern des Auswärtigen, des Innern und der Verteidigung beantworte ich die Kleine Anfrage V/4371 vom 13. Juni 1969 wie folgt:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es für die Schaffung einer Friedensordnung, insbesondere eines Sicherheitssystems für Europa, erforderlich ist, Entscheidungshilfen und Modelle durch die Forschung zu erhalten? Welcher Instrumente zur Friedensplanung bedient sich die Bundesregierung (Planungsgruppen, Universitäten, Forschungsinstitute, Forschungsaufträge usw.)?

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß es für die Erhaltung des Friedens von Bedeutung ist, Forschungsvorhaben besonders zu fördern, die geeignet sind, die Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens zu verbessern und Konflikte zu vermeiden oder zu verhindern. Sie hat in diesem Zusammenhang in mehreren offiziellen Stellungnahmen betont, daß sie solche Vorhaben im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und finanziellen Möglichkeiten fördern wird (vgl. die schriftliche Antwort des Staatssekretärs Schütz vom 5. Juli 1967 auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Schulz (Berlin), Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode – 119. Sitzung, Protokoll Anlage 13, S. 6063). Sie unterstützt insbesondere auch solche Vorhaben, die für die politische Tätigkeit der Bundesregierung in diesem Bereich konkreten Nutzen versprechen.

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

Zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Friedenspolitik arbeitet die Bundesregierung sowohl mit ständigen Forschungseinrichtungen als auch mit verschiedenen ad hoc-Gremien zusammen. Zu Arbeitsgruppen und Planungsstäben der Ministerien werden Wissenschaftler von Fall zu Fall hinzugezogen. Es werden Forschungsvorhaben gefördert und Forschungsaufträge erteilt zu speziellen Fragen der Friedenssicherung durch Entwicklungshilfe, zu Fragen des Abbaues der Spannungen mit dem Ostblock und zu Fragen der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle.

2. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Forschungsarbeiten, die von der Friedens- und Konfliktforschung erstellt werden, bei?

Die Bundesregierung hat im Bundesbericht Forschung III (Bundestagsdrucksache V/4335, Abschnitt I 3) auf die Bedeutung dieses Bereichs hingewiesen und ausgeführt, daß einzelne Forschungsarbeiten, die sich an praktischen Zielen orientieren, stärker gefördert werden sollen. Zunehmende Bedeutung mißt die Bundesregierung denjenigen Untersuchungen bei, die sich mit Fragen der europäischen und atlantischen Sicherheit befassen.

3. Welche Institutionen und Organisationen beschäftigen sich in der Bundesrepublik Deutschland mit der wissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung? Gibt es darunter bundes- und landeseigene Institute? Besteht unter ihnen ein Kontakt zur Koordinierung der Forschungsarbeit?

In der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sich eine Reihe von Institutionen mit diesen Fragen. Wichtige Beiträge kommen von dem Forschungsinstitut der Stiftung Wissenschaft und Politik, das seit 1966 vom Bund finanziert wird. Besonders zu erwähnen ist ferner das Max-Planck-Institut für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, dessen Gründung in diesem Jahr beschlossen wurde und dessen Leitung Professor Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker übernehmen wird. Die Bundesregierung hat sich in den zuständigen Gremien nachdrücklich für die Errichtung eines solchen Instituts ausgesprochen. Sie beabsichtigt, diese Einrichtung im Rahmen der Förderung der Max-Planck-Gesellschaft finanziell zu unterstützen.

Es gibt keine bundes- oder landeseigene Institute, die sich ausschließlich und undifferenziert mit diesem Themenkreis beschäftigen. Einzelthemen dieser Art werden aber in zahlreichen Forschungseinrichtungen bearbeitet, die verschiedensten Fachrichtungen angehören. Im Universitätsbereich haben sich Schwerpunkte an den Lehrstühlen für Politikwissenschaften in Berlin, Frankfurt, Köln, Marburg und Regensburg sowie an den völkerrechtswissenschaftlichen Lehrstühlen in Bonn und Kiel gebildet.

Die Bundesregierung trägt in einzelnen Bereichen und bei Forschungsprojekten, auf die sie einen Einfluß hat, zur Koordinierung bei.

4. Welche Mittel stellen Bund und Länder für die Friedens- und Konfliktforschung in den verschiedenen Wissenschaftszweigen zur Verfügung? Hält die Bundesregierung im Hinblick auf die Bedeutung und die Aufgabe der Friedens- und Konfliktforschung diese Unterstützung für ausreichend?

Bund und Länder finanzieren zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen, die sich im Rahmen ihrer Aufgabenstellung auch mit diesem Themenbereich befassen. Eine Quantifizierung der auf diesen Teilbereich entfallenden Mittel ist nicht möglich, da es weder eine allgemein anerkannte Abgrenzung des Begriffs „Friedensforschung" gibt, noch die Ausgaben der Institute nach wissenschaftlichen Teilbereichen untergliedert sind.

Die Gesamtausgaben der Institute, in denen Forschungen in diesem Bereich betrieben werden, haben steigende Tendenz. Durch die Förderung des bei der Antwort zu Frage 3 erwähnten Max-Planck-Instituts, die Bund und Länder zu je 50 Prozent übernehmen werden, erhöhen sich die Aufwendungen für diesen Forschungsbereich weiter.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung in anderen Staaten, insbesondere in anderen NATO-Staaten, beigemessen wird?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß auch andere Staaten diesem weitgespannten Themenbereich wesentliche Bedeutung beimessen.

6. Ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen der Institutionen und Organisationen der Friedens- und Konfliktforschung um eine Koordinierung der Forschungsprojekte in der Bundesrepublik Deutschland finanziell und durch Beteiligung der betroffenen Ministerien des Auswärtigen, der Verteidigung, des Innern und der wissenschaftlichen Forschung zu unterstützen?

Die Bundesregierung begrüßt grundsätzlich die Bemühungen um eine Koordinierung dieser Forschungsvorhaben. Sie ist bereit zu prüfen, ob im Rahmen ihres Aufgabenbereichs eine Beteiligung an den Koordinierungsbemühungen der Forschungsinstitute und -organisationen sowie eine finanzielle Unterstützung dieser Bemühungen möglich ist.

7. Welche Kontakte bestehen zwischen dem Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung und den in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung?

Die letzte Frage geht mit Recht von einem engen Sachzusammenhang zwischen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und der Friedens- und Konfliktforschung aus.

Unter den Referaten, die dem Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt unterstehen, befindet sich eines, zu dessen Aufgabenbereich Forschung und Studien auf dem Gebiet der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle gehören. Es steht in enger Verbindung zu wissenschaftlichen Instituten.

Durch Kabinettsbeschluß vom 4. Mai 1966 ist das von der Stiftung Wissenschaft und Politik gebildete Forschungsinstitut für Fragen der internationalen Politik und Sicherheit (Eggenberg bei München) mit der Wahrnehmung der Aufgaben der vom Bundestag im Januar 1965 beschlossenen unabhängigen Forschungsstelle für Fragen der Strategie, Abrüstung und Rüstungskontrolle betraut. Der Abrüstungsbeauftragte bedient sich im Rahmen seiner Zuständigkeit der Mitarbeit dieses Forschungsinstituts.

Der Abrüstungsbeauftragte nimmt ferner an den einschlägigen Sitzungen von Studiengruppen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik teil. Er und seine Mitarbeiter unterhalten durch Vorträge und durch Teilnahme an Kolloquien, Seminaren und Diskussionen auch Kontakt mit in der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet tätigen Institutionen. Die Kontakte beruhen auf Einladung oder auf einer Initiative ex officio.

Stoltenberg